

2. Abschnitt: Grundzüge des Beamtenrechts

Aktuelle Aufsatzliteratur (zu Lehrbüchern siehe die allgemeine Vorlesungsübersicht):

Frankenstein, Die Auswirkungen des neuen Datenschutzrechts auf das behördliche Disziplinarverfahren, NordÖR 2019, 261 ff.; *Hamdan*, Der Einfluss der neuen EuGH-Rechtsprechung auf das Urlaubsrecht deutscher Beamten, NVwZ 2019, 458 ff.; *Lindner*, Die politische Neutralitätspflicht des Beamten, ZBR 2020, 1 ff.; *Masuch*, Der charakterlose Polizist – Zur persönlichen Eignung für den Polizeivollzugsdienst –, DÖV 2018, 697 ff.; *Pfeffer*, Das Beamtenrecht auf dem Prüfstand – Regelungsbedarfe/-optionen bei Zugangsbeschränkungen zum Polizeivollzugsdienst wegen Tätowierungen?, NVwZ 2020, 15 ff.; *Schwarz*, Brexit und Beamtenstatus – Aktuelle Gesetzesänderungen, NVwZ 2019, 10 ff.; *Schwarz*, Wen verbeamen?, JZ 2019, 276 ff.; *Sura*, Das verfassungsgemäße, aber menschenrechtswidrige Beamtenstreikverbot?, NJOZ 2019, 1 ff.

§ 1 EINFÜHRUNG

A. Charakter des Beamtenrechts

I. Beamtenrecht als öffentliches Dienstrecht

II. Beamtenrecht als Verwaltungsorganisationsrecht

B. Verfassungsrechtlicher Hintergrund des Beamtenrechts

I. Die grundgesetzliche Kompetenzordnung mit Blick auf das Beamtenrecht

1. Gesetzgebungskompetenzen

- a) Gesetzgebungskompetenzen vor der Föderalismusreform I (2006)
- b) Gesetzgebungskompetenzen nach der Föderalismusreform I (2006)
 - aa) Bund
 - Art. 73 Abs. 1 Nr. 8 GG (Bundesbeamtenrecht)
 - Art. 74 Abs. 1 Nr. 27 GG (Beamtenstatusrecht)

- Art. 125a Abs. 1 GG (Übergangsregelung)
- bb) Länder
 - Beamtenstatusrecht, soweit nicht von BeamtStG vorgegeben
 - Laufbahnrecht
 - Besoldungsrecht
 - Versorgungsrecht
 - Sonstiges Beamtenrecht

2. Verwaltungskompetenzen

- a) Konkordanz von Gesetzgebungskompetenz und Vollzug
- b) Vollzug des Beamtenrechts durch den Dienstherrn

II. Verfassungsrechtliche Vorgaben für das Beamtenrecht

1. Die Bedeutung von Art. 33 Abs. 5 GG („Hergebrachte Grundsätze des Berufsbeamtentums“)

- a) Rechtscharakter der Vorschrift
- b) Definition der „Hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums“
- c) Einzelne Grundsätze
- d) Rechtsschutzfragen

2. Die Bedeutung von Art. 33 Abs. 4 GG („Funktionsvorbehalt“)

3. Die Bedeutung von Art. 33 Abs. 2 GG („Zugang zum öffentlichen Dienst“)

- a) Rechtscharakter der Vorschrift
- b) Zugangsvoraussetzungen

- c) Verfahren der Besetzung von Stellen im öffentlichen Dienst
- d) Rechtsschutzfragen

4. Die Bedeutung von Grundrechten im Beamtenverhältnis

- a) Die Bedeutung von Art. 12 Abs. 1 GG
- b) Die Bedeutung von Art. 5 Abs. 3 GG
- c) Die Bedeutung von Art. 4 GG
- d) Die Bedeutung von Art. 2 Abs. 2 GG
- e) Die Bedeutung von Art. 9 GG
- f) Die Bedeutung von Art. 2 Abs. 1 GG

C. Europarechtliche Vorgaben für das Beamtenrecht

I. Vorgaben des EU-Primärrechts

II. Vorgaben des EU-Sekundärrechts

1. Gleichbehandlungsrichtlinien

2. Arbeitszeitrichtlinien

3. Whistleblowing-Richtlinie

III. Der Einfluss der EMRK auf das deutsche Beamtenrecht

1. Art. 11 EMRK und das Streikverbot nach Art. 33 Abs. 5 GG

2. Art. 9 EMRK und beamtenrechtliches Neutralitätsgebot

D. Einfach-gesetzliche Ausgestaltung des Beamtenrechts

I. Gesetze und Verordnungen des Bundes mit Geltung für Bundesbeamte

1. Das Bundesbeamtengesetz

2. Das Bundesbesoldungsgesetz

3. Das Beamtenversorgungsgesetz

4. Wichtige Verordnungen

II. Gesetze des Bundes mit Geltung für Beamte der Länder

1. Das Beamtenrechtsrahmengesetz

2. Das Beamtenstatusgesetz

III. Gesetze und Verordnungen der Länder

1. Einführung: Die Wirkungen der Föderalismusreform 2006 für die

Gesetzgebung der Länder

2. Landesbeamtengesetze

z.B. Bayern: BayBG

3. Landesbesoldungsgesetze

z.B. Bayern: BayBesG

4. Landesversorgungsgesetze

z.B. Bayern: BayBeamtVG

5. Einzelne Verordnungen

IV. Exkurs: Die Sonderregelungen für Richter, Soldaten und Kirchenbedienstete

E. Die Stellung des Beamtenrechts im System der deutschen Rechtsordnung und des Verwaltungsrechts

I. Beamtenrecht und allgemeines Arbeitsrecht

II. Beamtenrecht und Sozialversicherungsrecht

III. Beamtenrecht und Steuerrecht

IV. Beamtenrecht und Strafrecht

*V. Das Verhältnis der Beamtengesetze von Bund und Ländern zum
Verwaltungsverfahrensgesetz und zum allgemeinen Verwaltungsrecht*

VI. Beamtenrecht und andere Materien des Besonderen Verwaltungsrechts

1. Beamtenrecht und Kommunalrecht

2. Beamtenrecht und Gewerberecht

F. Der Begriff des Beamten

I. Staatsrechtlicher Beamtenbegriff

II. Haftungsrechtlicher Beamtenbegriff

III. Strafrechtlicher Beamtenbegriff

G. Kategorien von Beamten

I. Bundesbeamte, Landesbeamte, Kommunalbeamte und Beamte anderer juristischer Personen mit Dienstherrneigenschaft (Ordnung nach dem Dienstherrn)

II. Lebenszeitbeamte und Beamte auf Zeit (Ordnung nach der Zeitdauer des Beamtenverhältnisses)

III. Beamte auf Probe und auf Widerruf

IV. Laufbahnbeamte

V. Politische Beamte

§ 2 DAS BEAMTENVERHÄLTNISS IM EINZELNEN – GRUNDZÜGE DES BEAMTENSTATUSRECHTS

A. Die Begründung, Veränderung und Beendigung des Beamtenverhältnisses

I. Begründung

1. Ernennung

2. Andere Begründungsformen

II. Veränderung

1. Beförderung

2. Versetzung

3. Umsetzung

4. Abordnung

III. Beendigung

1. Tod

2. Endgültiger und einstweiliger Ruhestand

3. Entlassung

4. Entfernung aus dem Dienst

B. Beamtenrechtliche Pflichten

I. Einzelne Pflichten

1. Dienstpflicht und Pflicht zum Gehorsam

2. Pflicht zur vollen Hingabe im Beruf und Nebentätigkeit

3. Pflicht zur Neutralität und Unparteilichkeit im Amt

4. Pflicht zur Amtsverschwiegenheit

5. Politische Treuepflicht

II. Formen und Folgen von Verstößen gegen Pflichten

1. Das Dienstvergehen

2. Disziplinarmaßnahmen

3. Haftung

C. Die Rechte des Beamten

I. Das Recht auf Schutz und Fürsorge durch den Dienstherrn

II. Das Recht auf amtsangemessene Alimentation

III. Das Recht auf amtsangemessene Beschäftigung

IV. Rechte mit Blick auf Personalentscheidungen und Personalakten

V. Rechte aus Grundrechten und ihre Wirkung im Beamtenverhältnis

D. Nebentätigkeitsrecht (am Beispiel der bayerischen Rechtslage)

I. Begriff der Nebentätigkeit

II. Genehmigungspflichtige Nebentätigkeiten (Art. 81 BayBG)

1. Erscheinungsformen

2. Antrag auf Genehmigung

3. Gründe der Versagung der Genehmigung

4. Sonstige Pflichten des Beamten bei Ausübung genehmigungspflichtiger Nebentätigkeiten

5. Reaktionsmöglichkeiten des Dienstherrn bei ungenehmigter Ausübung einer genehmigungspflichtigen Nebentätigkeit

6. Rechtsschutz des Beamten

III. Anzeigepflichtige Nebentätigkeiten (§ 40 BeamtStG, Art. 82 BayBG)

1. Erscheinungsformen

2. Anzeigepflicht

3. Untersagung genehmigungsfreier Nebentätigkeiten

4. Sonstige Pflichten des Beamten bei Ausübung genehmigungsfreier
Nebentätigkeiten

5. Rechtsschutz des Beamten

E. Rechtsschutz im Beamtenverhältnis

I. Rechtslage vor der Föderalismusreform 2006

II. Rechtslage nach der Föderalismusreform 2006